

dener Gruppen. Diese Gruppen sollten konstruktiven Erfahrungsaustausch pflegen. Es gibt keinen Königsweg und kein Patentrezept. Die Ulmer haben damit begonnen, die Wirtschaft anzustoßen. Die Verwaltung wird folgen. Jedes benötigt seinen besonderen Weg.

- Gesellschaftliche Prozesse von innen her verändern zu wollen benötigt Zeit und Fingerspitzengefühl, und eine gesunde Streitkultur, um die unterschiedlichen Interessen kanalisieren zu können. Dafür muß zunächst Vertrauen geschaffen werden. Hier stehen wir in Ulm noch am Beginn.

- Der Umsetzungsprozeß ist pragmatisch, doch er muß von klaren theoretischen Vorstellungen geleitet sein. Diese zu entwickeln braucht Ruhe vor dem auffressenden Tagesgeschäft der vielen Termine. Geweckte Erwartungen wollen erfüllt sein und üben starken Druck aus. Trotzdem ist weniger oft mehr.

- Das Geld fließt nicht von alleine. Höchstmögliche Qualität an Veranstaltungen und Informationen zu liefern, kostet Geld.

Der Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung e. V. steht mit seinen regio-

nen Aktivitäten für mehr Nachhaltigkeit nicht allein. Weitere Beispiele sind Trier, Dessau und Leipzig. Diese Regionen müssen versuchen, ein Modell zu verwirklichen, das ansteckend wirkt auf andere. *Warum soll nur Schnupfen ansteckend sein?*

Helge Majer, Stuttgart

Auf dem Weg zu einer neuen Agrarkultur

Nachhaltigkeit am Beispiel des Konzepts einer regionalen Versorgungswirtschaft

Die Auflösung traditioneller Stadt-Land-Gegensätze hinterließ das Land vielfach als Restgröße ohne eigenen Wert. Meist wurde ihm im Rahmen der Raumordnung und -planung die Rolle wechselnder, ausgleichender Funktionen für die Verdichtungsgebiete zugewiesen. Neben den räumlich-strukturellen Auswirkungen der sich bis dato ausgeprägten ökonomischen Rationalität auf Regionen ergeben sich gleichermaßen gravierende ökologische Probleme. Das konfliktgeladene Verhältnis zwischen Rohstoffausbeute, Flächeninanspruchnahme im Rahmen einer rationalisierten und intensivierten landwirtschaftlichen Produktion, Versiegelung freier Landschaftsteile und die Übernahme freigewordener, ehemals landwirtschaftlicher Flächen durch öffentliche und private Träger stellt die Anerkennung und Wertschätzung ländlicher Räume, aber auch ihre in gewissen Bereichen existierende Autonomie, in Frage. Am Beispiel der Versorgung mit Nahrungsmitteln aus der regionalen Landwirtschaft im Raum Köln soll der Frage nachgegangen werden, ob in diesem Bereich Ansatzpunkte liegen für ein System einer »flexiblen Spezialisierung des ländlichen Raumes sowohl aus regionaler Sicht als auch aus Sicht eines nachhaltigen Umgangs mit den naturräumlichen Potentialen.

Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte wurde der ländliche Raum mehr und mehr in den urbanen Arbeits- und Gütermarkt integriert. Ländliche Regionen wurden peripherisiert und büßten ihre Eigenständigkeit als soziale und wirtschaftliche Räume ein. Im Rahmen der Raum- und Landschaftsplanung gerieten restliche Freiflächen bzw. im Verlauf des Höfesterbens freigesetzte Flächen in die Verwaltung der öffentlichen Hand und entwickelten sich nicht selten zu kommunalpolitischen Streitfällen unterschiedlicher Ressorts. Dabei hatte die Zentralisierung von Funktionen und Einrichtungen gravierende Infrastrukturverluste im ländlichen Raum zur Folge mit dem Ergebnis einer Abnahme der räumlichen Versorgungsgerechtigkeit und einer Zunahme sozialer Diskriminierung.

Vor dem Hintergrund eines nachhaltigen, regenerativen Umgangs mit ländlicher Fläche kommt der Unterstützung der Landwirtschaft eine besondere Rolle zu. Eine dauerhaft umweltverträgliche und an den Prinzipien des nachhaltigen Umgangs mit Umweltmedien (Boden, Wasser, Luft) orientierte Landwirtschaft muß sich am Prinzip des Ausgleichs von Nutzung und Regeneration von natürlichen Potentialen ausrichten. Voraussetzung hierfür ist die Wiederherstellung natürlicher Regelsysteme und Stoffkreisläufe und die Einbindung der Bewirtschaftungsmethoden in den Naturhaushalt.

Dieser eher stoff- und produktbezogene Ansatz muß jedoch ergänzt werden durch die Entwicklung einer regionalen Versorgungswirtschaft und die Schaffung entsprechender Versorgungsstrukturen. Dies impliziert sowohl die Schaffung bzw. den Erhalt einer vielfältig strukturierten Kulturlandschaft und die Sicherung und Entwicklung des ländlichen Raumes als auch eine auf die Region ausgerichtete Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln.

Das Flächenpotential im Umland der Städte ist allerdings die limitierende Größe, und dem Schutz und die Regeneration von freien unversiegelten Flächen kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe zu. Damit bleibt die Umsetzung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Landwirtschaft nicht mehr nur ein Arbeitsfeld für Raum-, Landschaftsplanung und Naturschutz. Vielmehr muß dieses Konzept im Hinblick auf seine ökonomischen Konsequenzen offensiv von einer kommunalen Wirtschaftsförderung aufgegriffen werden. Für eine konkrete Umsetzung o. g. Ziele sind folgende Fragen von Bedeutung:

1. Wie kann eine räumliche Integration im Sinne der Sicherung und Entwicklung von ländlichen Regionen gewährleistet werden?
2. Was sind Voraussetzungen für eine ökonomische Integration des ländlichen Raumes im Rahmen gleichberechtigter Funktionen von Stadt und Umland?

Ansätze für eine räumliche und ökonomische Integration

Die Flächennutzung im Kölner Stadtgebiet bestand 1991 u. a. aus 33 % bebauter Fläche (Haus- und Hofflächen, Betriebsgelände, Baustellen), 15,2 % Verkehrsfläche, 22,2 % landwirtschaftliche Fläche und 13,6 % Wald (1). Aufgrund altindustriell geprägter Strukturen und der verfolgten Wachstumsstrategie hat die Stadt Köln ein doppeltes Flächenproblem: einerseits in der Umnutzung und Aufwertung alter Industriestandorte und andererseits im Rahmen ihrer Orientierung zum Dienstleistungsbereich die Deckung des wachsenden Bedarfs nach geeigneten Bürostandorten. Das 1989 erarbeitete Konzept für die Bereitstellung von Gewerbeflächen im Rahmen der Festlegungen des Flächennutzungsplanes sieht eine Angebotspolitik vor: Jährlich sollen ca. 15 ha Flächenreserve erschlossen und 15 ha Recyclingfläche für gewerbliche Nutzungen verfügbar gemacht werden. Dem steht ein Jahresverbrauch von 50 ha gegenüber, wobei zwischen einer Erweiterungsnachfrage für bestehende Standorte und Neuansiedlungen zu unterscheiden ist.

Der Druck zur Erschließung weiterer bebauungsreifer Reserveflächen von seiten der Wirtschaft im städtischen Umland läßt die Vorgaben der Landschaftsplanung zum Natur- und Landschaftsschutz als eine zu beseitigende Restriktion erscheinen. Die gewerbewirtschaftlichen Ansprüche bedeuten damit einerseits die Auslagerung von Belastungen bzw. spezifischen Anforderungen aus der Stadt und andererseits die Bereitstellung wichtiger Versorgungsfaktoren wie Erholungsflächen oder Trinkwasser für die Stadt.

Der angerissene Problemkontext verdeutlicht folgende Konfliktfelder der Kölner Stadt-Umland-Beziehung:

- steigender Nutzungsdruck auf die umliegenden Flächen durch die städtische Gewerbspolitik,
- Veränderung der Standortanforderungen des sich neu ansiedelnden Gewerbes (»Gewerbe im Grünen«),
- Anstieg der Verkehrsströme und damit auch weitere Flächeninanspruchnahme,

- Belastungen stadtnaher Böden und Grundwasservorräte durch gewerbliche Tätigkeiten bzw. Siedlungsabfälle und -abwässer,
- Abdeckung städtischer Versorgungsanforderungen aus dem entfernteren Umland.

Eine auf Veränderung der derzeitigen Flächennutzung ausgerichtete Politik unter Berücksichtigung des Schutzes und regenerativen Nutzung von Freiflächen müßte demgegenüber auf folgende Ziele ausgerichtet sein:

- Offenlegung von Konflikten zwischen Nutzungsansprüchen auf der einen und Restriktionen des Landschafts- und Freiraumschutzes auf der anderen Seite,
- kritische Bewertung bestehender Rahmenpläne hinsichtlich kommunalplanerischer Schwerpunktsetzungen für Flächennutzung und Flächenschutz,
- Verknüpfung von regionalpolitischen und ökonomischen Zielen der Flächenpolitik mit Grundsätzen zur Verbesserung der Umweltqualität und Ressourcenschonung bzw. -regenerierung,
- Herstellung eines kontinuierlichen Zusammenhangs zwischen Stadt und Umland in der Gestalt, daß im Rahmen eines versorgungswirtschaftlichen und kulturellen Austausches die spezifischen Eigenheiten beider Räume gewahrt bzw. die regionale Eigenständigkeit und Produktivität des ländlichen Umlandes gefördert werden.

Im Rahmen eines nachhaltigen Umgangs mit den jeweiligen vor Ort gegebenen Umwelt- und Landschaftspotentialen kommt dem Umgang mit Freifläche über eine landwirtschaftliche Nutzung eine besondere Rolle zu. Eine Förderung der regionalen Landwirtschaft in Verbindung mit der Sicherung von Freiflächen berührt insofern unterschiedliche politische Handlungsfelder, als das

- landwirtschaftliche Flächen bei Betriebsaufgabe oft in den Besitz der öffentlichen Hand und der damit verbundenen kommunalen Planungspolitik gelangen,
- die Förderung einer regionalen Landwirtschaft stark von der Wahrnehmung und Wertschätzung durch die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik abhängt,
- der nachhaltige Umgang mit Flächen im Sinne eines regenerativen Ressourcenerhalts durch extensive produktive Nutzung geschehen muß statt in der Ausführung bloßer »Kulturlandschaftspflege«,
- eine Versorgung mit Produkten aus der Region dezentralisierte und auf Kommunikation bzw. Information ausgerichtete Handels- und Vertriebsstrukturen erfordert, an der die Bevölkerung in Stadt und Land aktiv beteiligt ist.

Landwirtschaft im Kölner-Umland

Knapp ein Viertel des Kölner Stadtgebietes wurde 1991 von 157 Betrieben (ab 1 ha Betriebs-

fläche bzw. Gesamtfläche ab 1 ha, welche ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden) landwirtschaftlich bearbeitet (2). Die Bedingungen für eine landwirtschaftliche Produktion im Umland der Stadt Köln sind durch pflanzenbaulich gut nutzbare Standorte und geeignete klimatische Verhältnisse für den Obst- und Gemüsebau günstig. Diese Situation erlaubt eine Produktion in unmittelbarer Marktnähe. Die dominierenden Flächennutzungsarten im landwirtschaftlichen Bereich sind Ackerland, Dauergrünland, Baumschulen und Obstanlagen. Durch das wachsende Umwelt- und Gesundheitsbewußtsein von Konsumentinnen und Konsumenten bezüglich ökologischer Produkte und Dienstleistungen im Lebensmittelbereich und steigenden Ansprüchen auf eine Versorgung mit entsprechend hochwertigen Qualitätsprodukten eröffnen sich im Bereich der

regionalen Weiterverarbeitung und Vermarktung von Qualitätsprodukten zusätzliche Marktpotentiale in Kombination mit der Förderung endogener Potentiale im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln berichtete im September 1994 von 12 ökologisch wirtschaftenden Höfen innerhalb ihres Bezirkes. Der Absatz ihrer Produkte erfolgt vorwiegend über Direktvermarktung oder über die Vergabe sogenannter »Gemüse-Abos«, die nach den individuellen Wünschen der Abonentinnen zusammengestellt werden. Im Mai dieses Jahres fand ein erster Spezialmarkt für Produkte aus ökologischem Anbau in der Innenstadt Kölns auf Initiative des Umweltamtes statt; der zweite Markt folgte im Oktober. Ziel für 1995 ist es, diesen Markt monatlich zu veranstalten.

Europäische Energiepolitik und grüner New Deal

- Annette Grunwald, Frede Hvelplund, Henrik Lund, Rolf Czeskleba-Dupont: Europäische Energiepolitik und grüner New Deal – Vorschläge zur Realisierung energiewirtschaftlicher Alternativen. IÖW-SR 78/94. 90 S., DM 24,-

Eine zielbewußte Verringerung der Umweltbelastung durch die Energiewirtschaft macht einen Wechsel von der jetzigen versorgungsorientierten Energiepolitik zu einer vorsorglich energiesparenden Strategie mit den hauptsächlichlichen Instrumenten der Energieeinsparung, der Kraft-Wärme-Kopplung und der Nutzung regenerativer Energien dringend erforderlich. Dazu sind radikale technologische, strukturelle und organisatorische Änderungen durchzuführen, die eine Entwicklung weg von den zentralisierten Strukturen hin zu Netzstrukturen mit einem flexiblen Koordinierungs- und Informationssystem bedingen. Dieser tiefgreifende Änderungsprozeß, der weltweit diskutiert und in Ansätzen auch bereits implementiert wird, muß gefördert werden.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit diesen Problemstellungen und Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Europäischen Union. Das zugrundeliegende Wissen resultiert u. a. von einem Aktionsforschungsprojekt in Dänemark. Am Beispiel des dänischen und deutschen Energiesystems werden außerdem folgende Fragestellungen untersucht:

Wie können energiewirtschaftliche Alternativen zu Großkraftwerksprojekten gefördert werden? Welche Mechanismen können wirtschaftlich schwachen Regionen helfen, die umweltfreundlicheren Vorsorgetechnologien zu wählen? Welche konkreten Alternativen sind möglich? Welche technischen, organisatorischen und institutionellen Änderungen sind zu ihrer Umsetzung erforderlich? Warum

gibt es so große Umsetzungsprobleme? Wie können diese beseitigt werden?

Eine zentrale Frage der Studie war, ob und auf welche Weise eine Förderung energiewirtschaftlicher Alternativen durch die in der EU erfolgte Institutionalisierung der Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen kann. Hier bietet die Möglichkeit der Alternativenprüfung unserer Ansicht nach gute Ansatzpunkte. Neu ist sicherlich, daß konkrete Alternativen zu zwei Kraftwerkstypen in Nordjütland, Dänemark, und in der Lausitz, Deutschland, mit ihren umwelt-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Wirkungen diskutiert wurden. Die formulierten Vorschläge für eine europäische energiewirtschaftliche Reformpolitik beinhalten:

- Technische Infrastrukturmaßnahmen (Einschränkung des Ausbaus europäischer Stromtransmissionsnetze und Förderung lokaler und regionaler Infrastrukturmaßnahmen).
- Europaweite Einrichtung einer Informations- und Bildungsinfrastruktur für Energiesystemverbesserungen.
- Verbessertes UVP-Verfahren mit einem verbesserten Finanzierungssystem für Energiesparttechnologien.

Die Vorschläge wurden an die EU »adressiert«, da von ihr gesetzgeberische und Richtlinienkompetenz ausgehen sowie auch erhebliche Finanzmittel für Projekte in den Mitgliedsländern zur Verfügung gestellt werden. Die Vorschläge sehen wir als Beitrag zur Energiepolitik eines europäischen »Grünen New Deal« an, der eine proaktive Finanz-, Struktur- und Umweltpolitik in sich vereint. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war hierbei der »New Deal«, eine in den 30iger Jahren in den USA entwickelte Krisenlösungsstrategie, die die Entwicklung neuer Strukturen ermöglichte.

Annette Grunwald, Aalborg

Auf dem Kölner Großmarkt gibt es seit November 1993 die spezielle »Naturkost Markthalle«, welche ein regelmäßiges Angebot für Inhaber von Reformhäusern aus Köln und Umgebung sowie Betreiber von Naturkostrestaurants bereitstellt. Gleichzeitig können hier Landwirte jene Produkte absetzen, die nicht ab-Hof verkauft wurden bzw. Produkte ankaufen, die sie nicht selber herstellen aber am Hof nachgefragt werden. Weiterhin existiert mittlerweile eine Befragung von rund 100 Unternehmen. Ein Ergebnis der Befragung ist, daß ein verstärktes Interesse signalisiert wird, die Kantinenkost im Hinblick auf eine Verarbeitung regionaler ökologisch produzierter Nahrungsmittel umzustellen. Für interessierte Kunden hält das Amt für Umweltschutz der Stadt Köln eine Liste von Direkt-Vermarktern von Betrieben des ökologischen Landbaus bzw. Landwirten aus konventionellem Landbau bereit (3).

Diese ersten Schritte im Hinblick auf eine Stärkung der Vermarktung von Produkten aus regionalem konventionellen und ökologischen Landbau in der Stadt Köln verdeutlicht die Verflechtungen formeller und informeller Beziehungen zwischen Produktion, Weiterverarbeitung und Vermarktung an die EndverbraucherInnen.

Perspektiven einer regionalen Versorgungswirtschaft

Die Perspektive für eine regionale Versorgungswirtschaft muß über den Begriff der »ordnungsgemäßen Landwirtschaft« hinaus im Sinne des Vorsorgeprinzips liegen. Das schließt allerdings mittelfristig neben der Förderung des ökologischen Landbaus auch den konventionellen Landbau mit ein. Viele konventionell wirtschaftenden Höfe existieren auch von der Direktvermarktung ab Hof bzw. vom Verkauf der Produkte auf den regionalen Märkten. Die Bewirtschaftung berücksichtigt damit sowohl den Aspekt der räumlichen Integration der Flächen bzw. die Sicherung von Freiflächen in der gesamten Region als auch den ökonomischen Aspekt im Hinblick auf eine regionale Lebensmittelversorgung. Demgegenüber berücksichtigt der ökologische Landbau zusätzlich neben seiner räumlichen und ökonomischen Integration in der Region auch den Aspekt der nachhaltigen und regenerativen Ressourcenschonung durch extensive Bewirtschaftung.

Ökonomische Perspektiven für die Umstellung einzelner Betriebe auf ökologischen Landbau wären u. a. die flächengebundene Koppelung des Einkommensausgleichs an ökologische Kriterien und eine umweltschonende Bewirtschaftung statt an die bisherige umstrittene Pflicht zur Stilllegung von Teilflächen oder die Schaffung von Anreizen zum Abbau der Agrarüberschußproduktion durch eine Neufassung des Finanzierungsmodus des EU-Agrarmarktes (siehe auch Tagungsbericht von E. Thormählen). Unter derzeitigen Bedingungen würde ein einseitiger Überschußabbau durch niedrigere Ausgleichs-

zahlungen aus der EU-Kasse bei gleichbleibenden Zahlungspflichten bestraft statt belohnt.

Eine flächendeckende Umstellung auf ökologischen Landbau wäre sowohl ökonomie- als auch sozialverträglich machbar. Die Ertragsrückgänge lägen bei maximal 20 % und würden somit die heutige Flächenstilllegung entbehrlich machen. Gleichzeitig stiege der Anteil der Nahrungsmittel an den Ausgaben der Verbraucher lediglich von 12,3 % auf 14,3 %. Die flächendeckende Umstellung auf ökologischen Landbau bei Beibehaltung der heutigen konventionellen Erzeugerpreise würde sich in Deutschland finanzpolitisch neutral auswirken (4).

Eine ökonomische Integration der Landwirtschaft innerhalb der Region bedeutet u. a. die Loslösung vom bestehenden EG-Markt hin zu einer Versorgung der unmittelbaren regionalen Umgebung. Eine Aufgabe der regionalen bzw. kommunalen Wirtschaftsförderung muß es daher sein, die ökonomischen Chancen der Landwirtschaft so gut und dezidiert als möglich zu ermitteln. Dieses geht über die Organisation von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften hinaus und umfaßt Markt- und Produktanalysen, Markt- und Absatzgesellschaften ebenso wie die Evaluierung von saisonalen Lücken in der Versorgung mit bestimmten landwirtschaftlichen Produkten sowie Alternativen und die Abschätzung ihres Transportaufwandes.

Ansätze für einen konzeptionellen Auf- bzw. Ausbau eines entsprechenden regionalen Versorgungsnetzes lägen u. a. in der:

- Förderung bereits bestehender Absatzstrukturen für Produkte aus (ökologischem) Landbau in der Region, u. a. bei öffentlichen Großabnehmern (Verwaltungskantinen, Krankenhausküchen, Uni-Mensa ...) oder Naturkost- und Bioläden,

- Förderung von Absatzpotentialen in der regionalen Gastronomie,
- Förderung zusätzlicher Vermarktungsstrukturen wie Direktvermarktung bzw. Ab-Hof-Verkauf, Einrichtung regionaler oder stadtteilbezogener Öko-Wochenmärkte, flächendeckendes Netz von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften,
- Schaffung von Absatzmöglichkeiten regionaler Qualitätsprodukte im lokalen Lebensmittelhandel,
- Förderung einer Vernetzung zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und weiterverarbeitenden Betrieben.

Grundsätzlich setzen hoher Informationsaustausch, praktische Anschauung und nachhaltige Identifikation mit dem Kauf und Verkauf der Produkte ein Vertrauensverhältnis aller Akteure untereinander voraus, das auf den den Prinzipien einer langfristigen Gegenseitigkeit als auch dem Aushandeln gemeinsamer Vorgehensweisen beruht.

Bettina Knothe, Wuppertal

(1) Stadt Köln, Amt für Statistik und Einwohnerwesen (1992): Statistisches Jahrbuch 1991

(2) Stadt Köln, Amt für Statistik und Einwohnerwesen (1992): ebenda

(3) Agnes Keizers (1994): Naturkost auf dem Vormarsch; Markt und Wirtschaft, Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Köln

(4) vgl. Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« des Deutschen Bundestages (Hg.) (1994): Schutz der grünen Erde. Klimaschutz durch umweltgerechte Landwirtschaft und Erhalt der Wälder. Economica Verlag, Bonn

Nachhaltigkeit und Region Querdenken, Vernetzen, Modernisieren

Welche Rolle spielt das Leitbild der »Nachhaltigkeit« für die traditionellen Disziplinen der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung? In Anerkennung ihrer bisher doch begrenzten Wirkungsmacht wird hier für ein realistisches, aber anspruchsvolles Verständnis räumlicher Planung plädiert, das die zentralen Rahmenbedingungen der Raumentwicklung – nämlich ökologische Krise, wirtschaftlichen Strukturwandel und das Spannungsfeld von Internationalisierung und Regionalisierung – aufgreift und vor dem Hintergrund ihrer gegenseitigen Bedingtheit zu tragfähigen Lösungen verknüpft. Zur Vermittlung dieser Idee erscheint das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aufgrund seiner integralen Ausrichtung geeignet – wenn eine Anpassung der Methoden und Ziele der raumbezogenen Gesamtplanung an diesen Kontext gelingt.

Ausgewogene Raum- und Siedlungsstrukturen

Ein neues Verständnis des Raumes besitzt eine Schlüsselfunktion für die Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene. Die räumlich-funktionale Arbeitsteilung in der Industriegesellschaft hat heute ein Ausmaß erreicht, daß aus ökologischer Sicht als »zunehmend unverträglich« einzustufen ist. Vor dem Hintergrund der Ziele von Raumordnung, Lan-

desplanung und Regionalentwicklung besteht das zentrale Problem in der wachsenden Zersplitterung der Raumstruktur, im Nebeneinander von absteigenden und aufsteigenden Regionen und in der zunehmend unausgewogenen räumlichen Entwicklung des Landes. Die raumwissenschaftliche Debatte könnte hier mit dem Prinzip der »Dezentralen Konzentration« ein geeignetes Leitbild für die zukünftige Raumentwicklung liefern – wenn es gelingt, es mit »Leben« zu füllen (BMBau 1993).

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.